



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
hier: Künftige Verankerung von Klimafolgen in allen relevanten Vorlagen

**Beratungsfolge:**

27.11.2019      Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität empfiehlt dem Rat der Stadt, den folgenden Beschluss zu fassen:

Künftig wird es in allen relevanten Vorlagen einen festen Punkt "Klimafolgen" geben. Dort wird beurteilt, ob eine Maßnahme den menschengemachten Klimawandel negativ beeinflusst, ob es weniger klimaschädliche Alternativen gibt, bzw. wie negative Folgen auf das Klima ausgeglichen werden können.

**Kurzfassung**

Entfällt.

**Begründung**

Siehe Anlage.



## Inklusion von Menschen mit Behinderung

### Belange von Menschen mit Behinderung

*(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)*



sind nicht betroffen



sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität  
Herrn Hans-Georg Panzer

- Im Hause -

15.11.2019

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Umweltausschusses am 27.11.2019 gem. § 6 (1)  
GeschO im folgenden Vorschlag zur Tagesordnung auf:

#### **Künftige Verankerung von Klimafolgen in allen relevanten Vorlagen**

##### **Antrag:**

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den folgenden Beschluss zu fassen:  
Künftig wird es in allen relevanten Vorlagen einen festen Punkt „Klimafolgen“ geben. Dort  
wird beurteilt, ob eine Maßnahme den menschengemachten Klimawandel negativ beeinflusst,  
ob es weniger klimaschädliche Alternativen gibt, bzw. wie negative Folgen auf das Klima  
ausgeglichen werden können.

##### **Begründung:**

Am 26.09.2019 hat der Rat entsprechend der Forderung der Initiative Fridays for Future  
den Klimanotfall für Hagen beschlossen. Darin heißt es unter anderem: „Entscheidungen  
und Maßnahmen der Stadt sind eingehend vorher auf ihre Klimarelevanz zu prüfen. Das  
Ergebnis ist den Entscheidungsträgern (Politik und Verwaltung) vorzulegen, Alternativen und  
Konsequenzen sind darzustellen.“ Dieser Beschluss muss nun umgesetzt werden, indem die  
Auswirkungen auf das Klima in jeder Vorlage einen festen Platz erhalten und in der  
Abwägung höchste Priorität erhalten..

Hildegund Kingreen  
Ausschussmitglied

f.d.R.  
Christoph Nensa  
Fraktionsgeschäftsführer

